

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesvorstand Sachsen

Titel: Von Riesa geht ein Signal aus!

Antragstext

1 **Der Landesvorstand der SPD Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag**
2 **der SPD Sachsen als Initiativantrag weiterleiten:**

3
4 Die sächsische SPD unterstützt den „[Riesaer Appell](#)“ der
5 Nahrungsmittelgewerkschaft NGG: Denn von Riesa geht ein Signal aus. In Sachsen
6 und ganz Ostdeutschland entsteht eine neue gesellschaftliche Bewegung der
7 Beschäftigten, die selbstbewusst ihre Rechte einfordert und zusammen mit den
8 Gewerkschaften für höhere Löhne oder ihren Standort kämpfen. Beschäftigte, die
9 sich nicht mehr damit zufrieden geben, dass sie 30 Jahre nach der Deutschen
10 Einheit immer noch länger arbeiten, aber weniger verdienen.

11 Diese Arbeitskämpfe sind nicht nur für die einzelnen Arbeiterinnen und Arbeiter
12 und ganze Belegschaften wichtig. Sie stärken auch den gesellschaftlichen
13 Zusammenhalt und unsere Demokratie in Sachsen. Denn der Ärger, für die eigene
14 harte Arbeitsleistung keine angemessene Vergütung und später Rente zu erhalten,
15 hat zur Wut auf *die Politik* in Sachsen beigetragen. Sie speiste sich auch aus
16 dem Eindruck, dass die Politik scheinbar die Alltagsprobleme nicht zu sehen
17 schien, dass etwa der Lohn nicht zum Leben reicht.

18 Das Engagement der Beschäftigten ist ein demokratisches Recht. Betriebliche
19 Interessenvertretungen ermöglichen es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihre
20 Rechte und Interessen selbst zu organisieren. Diese Rechte basieren auf dem im
21 Grundgesetz festgelegten Sozialstaatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland.
22 Auch in Sachsen leben viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie
23 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Sozialpartnerschaft.

24 Gerade diese Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen
25 ist derzeit besonders wichtig: Denn Im Schatten von Corona werden ganze
26 Wirtschafts- und Industriezweige durch Klimawandel, Digitalisierung und
27 Automatisierung neu geordnet. Es geht daher darum, den Industrie- und
28 Wirtschaftsstandort Sachsen zu stärken, um dadurch Arbeitsplätze zu sichern.
29 Sachsens Industrie- und Dienstleistungswirtschaft kann bei Zukunftsthemen an die
30 Spitze westdeutscher Bundesländer aufschließen und Vorreiter werden!

31 Doch einige sächsische Unternehmer scheinen immer noch im ostdeutschen
32 Turbokapitalismus der 1990er Jahre zu leben. Sie verunglimpfen Mitwirkung und
33 Mitbestimmung als Eingriffe in die unternehmerische Freiheit und bremsen auf
34 unterschiedliche Arten Mitbestimmung aus. Gleichzeitig behandelt manches
35 Unternehmen mit Sitz in Westdeutschland Ost-Betriebe immer noch als
36 Reservekanister oder Billiglohnstandort wo man doch bitte länger arbeiten und
37 weniger verdienen soll, und den man im Zweifel zuerst schließen kann.

38 Die Beschäftigten in Sachsen stellen sich diesem Denken entschieden entgegen:
39 Immer lauter und mit immer mehr Nachdruck. Das zollt uns Respekt ab, denn es
40 wird vielfach unterschätzt, was Massenarbeitslosigkeit und die damit
41 einhergehende einseitige Macht der Unternehmen in den letzten 30 Jahren mit den
42 Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen gemacht hat: Man hat damals vielen den
43 Zahn gezogen. Das Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ führte und führt dazu,
44 dass die Ostdeutschen beim Einkommen oft als Kolleginnen und Kollegen zweiter
45 Klasse da stehen. In vielen Branchen bezahlen sie den Verzicht auf Mitbestimmung
46 bis heute mit geringen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen und infolgedessen
47 leider auch mit Altersarmut. Diese Zeit müssen wir endlich hinter uns lassen und
48 dafür gemeinsam streiten.

49 Denn fest steht: Die Beschäftigten müssen heute weniger Angst um den
50 Arbeitsplatz haben, wenn sie Forderungen an die Firmen und Chefs stellen.
51 Arbeitsplatzverlust ist in Zeiten des Fachkräftemangels oft eine leere Drohung.
52 Die Sächsinen und Sachsen sollten und können mutig sein, sich gegen ungerechte
53 Löhne und fehlende Mitbestimmung zur Wehr zu setzen.

54 Der Riesaer Appell ist genau deshalb ein wichtiges Signal der ostdeutschen
55 Beschäftigten, welchen wir ausdrücklich unterstützen. Denn wir stehen an der
56 Seite der Beschäftigten in ganz Sachsen und streiten mit ihnen für mehr
57 Mitbestimmung und gute Löhne. **Insbesondere wichtig ist uns dabei – in Anknüpfung
58 an die Forderungen aus dem Appell – für unsere politische Arbeit:**

- 59 • **Die SPD Sachsen steht an der Seite der Beschäftigten:** Wir unterstützen
60 Initiativen von allen Beschäftigten, die sich auf den Weg machen, um
61 Niedriglöhne, fehlende Mitbestimmung und deutliche Lohnunterschiede zu

62 überwinden. Das von der SPD im Bund durchgesetzte „Betriebsräte-
63 Modernisierungs-Gesetz“ war hier ein wichtiger Schritt: Dieses schützt nun
64 Kolleginnen und Kollegen, die einen Betriebsrat gründen wollen.

- 65 • **Arbeit muss vor Altersarmut schützen:** Wir brauchen Löhne, von denen die
66 Menschen heute und im Alter nicht in Armut leben müssen. Denn wer den
67 ganzen Tag arbeitet, muss ohne zusätzliche Unterstützung leben können und
68 vor Altersarmut geschützt sein. Das ist eine Frage des Respekts.
69 Armutsfeste Löhne sind das Gebot der Stunde. Daher fordern wir, den
70 Mindestlohn auf 12 Euro zu erhöhen.

- 71 • **Weg mit den Lohnunterschieden:** Über 30 Jahre nach der Deutschen Einheit
72 müssen Lohnunterschiede von mehreren Hundert Euro im Monat bei
73 gleichwertiger Arbeit der Vergangenheit angehören. Heute sind gute Löhne
74 und Arbeitsbedingungen nicht nur eine Frage des Respekts, sondern sie
75 sichern auch die Versorgung mit Fachkräften. Nur mit guten Löhnen findet
76 man gute Leute. Die Zeit der Zurückstellung von Arbeitnehmerinteressen
77 muss vorbei sein – im Interesse der Beschäftigten, und im Interesse des
78 Wirtschaftsstandorts.

- 79 • **Gutes Geld für Gute Arbeit:** Zentral für die weitere Angleichung bei den
80 Löhnen und der Arbeitszeit ist die Stärkung der Tarifbindung Sächsischer
81 Unternehmen. Hier braucht es mehr als Anerkennung für die Arbeit von
82 Gewerkschaften sowie von Betriebs- und Personalrät:innen. Um die
83 Tarifbindung weiter zu stärken, setzen wir uns dafür ein, tarifgebundene
84 Unternehmen steuerlich besser zu stellen als nicht-tarifgebundene
85 Unternehmen. Es muss darüber hinaus einfacher werden, Tarifverträge für
86 ganze Branchen verbindlich zu machen.

87 **Die Politik muss ihren Beitrag leisten:** Wir müssen zum einen durch politische
88 Maßnahmen Tarifverträge stärken. Und zum anderen gesetzliche Bestimmungen, die
89 Tarifflicht begünstigen und prekäre Beschäftigung fördern, ändern. Deshalb
90 belohnen wir in unserer sächsischen Wirtschaftsförderpolitik Tarifbezahlung und
91 werden das sächsische Vergabegesetz arbeitnehmerfreundlich umgestalten. Zugleich
92 werden wir die Bundesebene bei der die Einführung eines Bundestarifreuegesetzes
93 unterstützen. Die sächsische Sozialdemokratie wird weiterhin ihren politischen
94 Beitrag dazu leisten und energisch für Gute Arbeit in Sachsen streiten.